

Überregionaler Pressespiegel 18.02.2012

Bayrischer Rundfunk I 18.02.2012

Protest gegen Neonazis in Dresden

In Dresden wollen die Menschen heute noch einmal gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen. Geplant sind eine Kundgebung, ein Demonstrationzug, Mahnwachen und Friedensgebete. Schon am Montag hatten rund 13.000 Dresdner gegen Neonazis protestiert. Auch heute rechnen die Veranstalter mit tausenden Teilnehmern.

Audiobeitrag von Karsten Wolf

<http://www.br.de/radio/b5-aktuell/dresden-zeichen-gegen-rechtsextremismus100.html>

Protesttag gegen Rechtsextremismus

In Dresden nehmen wieder tausende Menschen an Protestaktionen gegen Rechtsextremismus teil, darunter auch prominente Politiker wie Bundestags-Vizepräsidentin Göring-Eckardt und Linken-Chefin Löttsch. Haupt-Redner auf dem Dresdner Schlossplatz ist der frühere SPD-Chef Hans-Jochen Vogel.

Audiobeitrag von Uta Deckow-Kindermann

<http://www.br.de/radio/b5-aktuell/protesttag-gegen-rechtsextremismus100.html>

Tausende demonstrieren gegen Rechts

Zum zweiten Mal in einer Woche haben Tausende Menschen in Dresden friedlich gegen Rechtsextremismus protestiert. Bei der zentralen Kundgebung auf dem Schlossplatz sagte der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, es sei gut und notwendig, dass die Dresdner Bürger ein klares Zeichen gegen Nazis setzten.

Audiobeitrag von Arndt Groß

<http://www.br.de/radio/b5-aktuell/veranstaltungen-gegen-rechts100.html>

Freie Presse I 18.02.2012

Thüringer Linke-Fraktionschef verwundert über Strafbefehl

Ramelow soll wegen mutmaßlicher Störung eines Neonazi-Aufmarsches 3.400 Euro Strafe zahlen

Dresden (dapd-lsc). Der Fraktionschef der Thüringer Linke, Bodo Ramelow, fühlt sich von der sächsischen Justiz gegängelt. Ein bereits im Januar vom Amtsgericht erlassener Strafbefehl sei ihm erst wenige Tage vor den Anti-Nazi-Protesten am Samstag in Dresden zugestellt worden, sagte Ramelow in der sächsischen Landeshauptstadt.

Die sächsische Justiz wolle offenbar Druck ausüben und den Protest kriminalisieren, erklärte er am Samstag am Rande einer Demonstration gegen Rechts.

Ramelow soll wegen der mutmaßlichen Störung eines Neonazi-Aufmarsches am 13. Februar 2010 in Dresden 3.400 Euro Strafe zahlen. Gegen den Strafbefehl, der bereits Anfang Januar bei seinem Anwalt einging, hat Ramelow Widerspruch eingelegt. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Thueringer-Linke-Fraktionschef-verwundert-ueber-Strafbefehl-artikel7909042.php>

Junge Welt | 18.02.2012 | Markus Bernhardt

Demokratie auf sächsisch

Hintergrund. Auf die erfolgreiche Verhinderung der Neonaziaufmärsche in Dresden im Januar 2010 und 2011 folgten Überwachung, Repression und Behördenwillkür

Nachdem bereits vergangenen Montag Tausende Menschen in Dresden friedlich gegen eine Demonstration von rund 1300 Neonazis protestiert haben, werden heute abermals Antifaschisten aus der gesamten Bundesrepublik in die sächsische Landeshauptstadt reisen. Daß dieses Engagement trotz aller Beteuerungen seitens der offiziellen Politik in der Bundesrepublik nicht ernsthaft erwünscht ist, zeigt der Umgang von Polizei, Justiz und Landesregierung mit den mittlerweile traditionellen Protesten Tausender Nazigegner im Februar 2010 und 2011. In beiden Jahren war es gelungen, mittels friedlicher Massenblockaden die Aufmarschversuche von Neofaschisten zu stoppen, die wie bereits in den Vorjahren zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf die Stadt 1945 aufmarschieren wollten, um die Bombardierung für ihre Propaganda von einem gegen die Zivilbevölkerung gerichteten »Bombenholocaust« zu mißbrauchen.

Während die Antifaschisten im Februar 2010 von Tausenden Polizeibeamten, die zum Schutz der Neonazis nach Dresden abkommandiert worden waren, »nur« mit Pfefferspray und Schlagstöcken malträtiert worden waren, erreichte die gegen sie gerichtete staatliche Repression 2011 ein bis dahin unbekanntes Ausmaß. Selbst der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann sah sich genötigt, zu konstatieren, daß Sachsen das »rechtskonservativste und unfreieste Bundesland der Republik« sei und im Freistaat Dinge geschehen würden, die sich nicht einmal George Orwell habe vorstellen können.

Tatsächlich hatte das sächsische Landeskriminalamt (LKA) am 19. Februar 2011, dem Tag des geplanten Neonaziaufmarsches, Hunderttausende Datensätze von Mobiltelefonen mittels einer sogenannten Funkzellenabfrage gespeichert und dabei auch sogenannte IMSI-Catcher eingesetzt, mit deren Hilfe Telefongespräche mitgehört werden können. Insgesamt 896072 Handyverbindungsdaten soll das LKA gespeichert und daraus 257858 Rufnummern und in der Folge 40732 Namen und Adressen ermittelt haben.

Noch vor Beginn der antifaschistischen Blockaden sollen die Beamten außerdem Listen von Personen – unter anderem mit Namen von Politikern und Pfarrern – samt deren mutmaßlicher Aufenthaltsorte bei den Protesten an die Staatsanwaltschaft der sächsischen Landeshauptstadt weitergegeben haben. Während im Februar 2011 etwa 1000 Neofaschisten im Dresdner Stadtteil Plauen – unbehelligt von der Polizei – marodierend durch die Straßen ziehen und vermeintliche Linke angreifen konnten, gingen die Behörden mit brutaler Gewalt gegen friedliche Gegendemonstranten vor. Beamte hetzten Hunde auf sie, versprühten wahllos und in Unmengen Pfefferspray und prügelten

mit Schlagstöcken sogar auf betagte Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ein. Selbst mit Kameras bestückte Minihubschrauber – ursprünglich nur aus Kriegsgebieten bekannt, neuerdings aber auch bei Demonstrationen und Fußballspielen eingesetzt – kamen in der Elbmetropole zum Einsatz.

Rückendeckung von Schwarz-Gelb

Doch damit nicht genug. Noch am Abend des 19. Februar stürmte ein schwer bewaffnetes Sondereinsatzkommando (SEK) der Polizei das »Haus der Begegnung« in Dresden, in dem sich auch Büros der Linkspartei und eine Rechtsanwaltskanzlei befinden. Wegen des »Verdachts auf die Organisation einer Straftat und Landfriedensbruch« brachen die SEK-Beamten alle Türen des Hauses gewaltsam auf, beschlagnahmten Laptops und Handys, legten anwesende Linke-Mitarbeiter in Handschellen und nahmen sie fest. Durch die Erstürmung wurde ein Sachschaden von über 5600 Euro verursacht. Im Oktober 2011 urteilte zwar das Amtsgericht Dresden, die Razzia sei rechtswidrig gewesen, ernsthafte Konsequenzen für die Polizei blieben jedoch aus.

Ungeachtet der Kritik an der Aussetzung der Bürgerrechte setzten Ermittler und Strafverfolger ihre Kriminalisierungsstrategie über das gesamte Jahr 2011 fort. So schrieb eine eigens eingerichtete »Sonderkommission 19/2« der Dresdner Polizei bundesweit Busunternehmen an, die am 19. Februar 2011 Demonstranten in die Elbmetropole gefahren hatten. In dem Schreiben mit der Überschrift »Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des besonders schweren Falls des Landfriedensbruches/Ermittlungen zu Busunternehmen« wurde der falsche Eindruck erweckt, daß die Beamten gegen die Reiseveranstalter selbst ermitteln würden und diese somit zu einer Antwort verpflichtet seien. In dem Brief wurde unter anderem Auskunft darüber verlangt, wo genau die Abreisepunkte waren, welche Strecken von den Bussen an besagtem Tag zurückgelegt, wo Pausen eingelegt wurden. Außerdem wollte die Sonderkommission wissen, welche Personen die Busse gefahren hätten und wer sie angemietet habe. Die Inhaber der Betriebe sollten diesbezüglich nicht nur die Anschriften der Busfahrer und -anmieter übermitteln, sondern auch Informationen über die Zahlungsmodalitäten.

Aller Kritik von Bürgerrechtlern und Politikern von Linken und Bündnis 90/Die Grünen zum Trotz, stellte sich der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) hinter die Polizei. Diese habe die Busunternehmen mit Wissen der örtlichen Staatsanwaltschaft angeschrieben. Die Ermittlungsbehörden, so Ulbig, hätten bei Bestehen eines Strafverdachts den »Sachverhalt zu erforschen«. Dabei gelte »der Grundsatz der freien Gestaltung des Ermittlungsverfahrens, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten« sei. »Mit dieser Zielstellung wurde die bundesweite Abfrage durchgeführt«, stellte Ulbig im Juli 2011 fest. Die Übermittlung der gewonnenen Daten an öffentliche Stellen und deren Nutzung sei zum Zwecke der Verfolgung von Straftaten zulässig und im vorliegenden Fall auch erforderlich, so der Innenminister weiter.

Auch andere Politiker von CDU und der im Freistaat mitregierenden FDP verteidigten die staatlichen Maßnahmen wie etwa die Einleitung von Ermittlungen nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuches (»Bildung einer kriminellen Vereinigung«) gegen Mitglieder des bundesweiten antifaschistischen Bündnisses »Dresden stellt sich quer!«. Der Zusammenschluß zahlreicher antifaschistischer Guppen hatte die Blockaden organisiert und dabei unter anderem von Gewerkschaftsgliederungen, diversen Bundestags-, Landtags- und Europaparlamentsabgeordneten von Linkspartei, SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützt worden war.

Ebenso betrachteten die schwarz-gelben Koalitionäre des Freistaates Hausdurchsuchungen, die unter anderem bei Antifaschisten in Berlin und Baden-Württemberg sowie beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König durchgeführt wurden, offenbar als legitimes Mittel in ihrem Kampf gegen »Linksextremismus«. Ausgerechnet König war sogar unterstellt worden, zur Gewalt gegen Polizeibeamte aufgerufen zu haben. Es folgte außerdem – wegen angeblicher »Rädelsführerschaft« bei der Blockade des Dresdner Naziaufmarsches am 13. Februar 2010 – die Aufhebung der Immunität der Linksfraktionschefs André Hahn (Sachsen), Bodo Ramelow (Thüringen), Janine Wissler und Willy van Oyen (Hessen) sowie – vor wenigen Tagen – der Linken-Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert, diesmal wegen der Proteste im Jahr 2011.

Absurde Vorwürfe

Im Fall von André Hahn wurde die Aufhebung der Immunität am 12. Oktober 2011 im sächsischen Landtag von einer besonders auffälligen Koalition durchgeföhrt: Sie bestand aus CDU, FDP und neofaschistischer NPD. Im Januar 2012 wurde dem Linkspartei-Politiker dann ein Strafbefehl überstellt, gegen den Hahn Einspruch einlegte. Wegen einer vermeintlichen »Störung von Aufzügen gemäß §21 Versammlungsgesetz, §25 StGB« sollte der Linken-Fraktionschef 3000 Euro Strafe zahlen, da er am 13. Februar 2010 den Neonaziaufmarsch am Bahnhof Dresden-Neustadt »vereitelt« und damit »eine grobe Störung verursacht« hätte. »Es erstaunt mich sehr, daß sich wirklich ein Richter finden ließ, der trotz der äußerst dünnen Beweislage und zweifelhaften Rechtsgrundlage bereit war, diesen Strafbefehl mit den seit langem bekannten Vorwürfen der Dresdner Staatsanwaltschaft zu unterschreiben. Ich bleibe dabei: Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft sind in jeder Hinsicht absurd; wenn aber die Staatsanwaltschaft partout meint, gegen mich vorgehen zu sollen, muß das in öffentlicher Verhandlung vor Gericht ausgetritten werden, falls ein Richter bereit ist, die Anklage zuzulassen. Für den Ausgang eines solchen Verfahrens bin ich mehr als zuversichtlich, zumal ja die sächsische Justiz zum Glück nicht die letzte Instanz ist«, kommentierte Hahn jüngst den gegen seine Person gerichtete Kriminalisierungswahn der Behörden.

Dreiste Behörden

Obwohl eine Reihe von Parlamentariern und Journalisten, die aufgrund ihres Berufsstandes mit besonderen Rechten ausgestattet sind, nach den erfolgreichen antifaschistischen Protesten Strafanzeige wegen der ganz offensichtlich rechtswidrigen »Funkzellenüberwachung« ihrer Mobiltelefone erstatteten, setzte die Dresdner Staatsanwaltschaft ihre Strategie der Kriminalisierung entschlossen fort. So verweigerten die Behörden mehreren hundert Personen sogar Informationen darüber, ob ihre Daten gespeichert worden sind. Auf Anfragen, die bereits im Juni 2011 gestellt worden waren, antwortete die Staatsanwaltschaft der sächsischen Landeshauptstadt im Januar diesen Jahres, daß »die Frist zur Auskunftserteilung« um weitere sechs Monate verlängert worden sei, da wegen des »Umfanges und der Schwierigkeit der Ermittlungen weiterhin ein Geheimhaltungsbedürfnis besteht«. In einem an Dreistigkeit kaum mehr zu überbietenden Schreiben, teilte die Staatsanwaltschaft darüber hinaus mit, daß – damit überhaupt eine Benachrichtigung erfolgen könne – »aus datenschutzrechtlichen Gründen die Glaubhaftmachung erforderlich« sei, daß »die von Ihnen in dem Auskunftersuchen angegebene/angegebenen Telefonnummer (n) unter Ihrem Namen registriert sind und die Staatsanwaltschaft daher berechtigt ist, Ihnen – als berechtigtem Anschlußinhaber – Auskunft zu erteilen«. »Es wird daher darum gebeten, zur Glaubhaftmachung Unterlagen einzureichen, aus der sich Telefonnummer und Name ergeben. Andernfalls kann Ihnen die erbetene Auskunft nicht erteilt werden«, so die Behörde, die zuvor rechtswidrig

millionenfach Telekommunikationsdaten gespeichert hatte, in ihrem Schreiben, das mit einer Fristsetzung von 14 Tagen endet. »Sollte bis dahin keine Rückmeldung eingegangen sein, wird davon ausgegangen, daß Sie Ihr Anliegen nicht weiter verfolgen«, so der abschließende Satz der Dresdner Justizbehörde, die die für sie gültigen Fristen offenbar nach Lust und Laune definiert.

»Offensichtlich rechtswidrig«

Während der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis in einem im Auftrag der sächsischen Landesregierung erarbeiteten Gutachten zu dem Schluß kam, daß die nahezu flächendeckende Überwachung von Bürgern und Demonstranten in Dresden »angemessen« gewesen sei, übten das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« und der »Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein« (RAV) massive Kritik an Behörden und Politik. So stellte der RAV in einer im Januar 2012 veröffentlichten Erklärung fest, daß Dresden »als Versuchslabor für das Vorgehen gegen soziale Bewegungen angesehen werden« müsse. »Die politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen um das Vorgehen der Sicherheitsbehörden und das damit entstehende Klima könnten bundesweit die rechtlichen und politischen Maßstäbe sicherheitsbehördlichen Handelns verschieben – sei es bei der Funkzellenabfrage, der Konstruktion krimineller Vereinigungen oder dem Vorgehen gegen zivilen Ungehorsam und andere Formen zivilgesellschaftlichen Protestes«, stellten die Juristen fest. Sie warfen den Strafverfolgungsbehörden vor, »bei der Verfolgung antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gegen den ehemals größten Neonaziaufmarsch in Europa (...) systematisch zu offensichtlich rechtswidrigen Maßnahmen« gegriffen zu haben. Die Repression habe sich dabei »nicht gegen einzelne ›Gewalttäter‹ gerichtet, sondern betrifft sämtliche Formen des Protestes gegen den Neonaziaufmarsch und die Aktionsform des zivilen Ungehorsams im Besonderen.« Und weiter: »Die zuständigen Sicherheitsbehörden und das sie unterstützende mediale und politische Spektrum spielen das Spiel der Neonazis. Den Beteiligten ist bewußt, daß sie mit ihrem Vorgehen alles dafür tun, den Neonazis wieder einen Aufmarsch zu ermöglichen. Dies gilt es zu benennen und politisch zu skandalisieren. Das Problem ist der Naziaufmarsch, nicht die Aktivitäten dagegen«, heißt es in der Erklärung des RAV.

Ähnlich äußerte sich das »Komitee für Grundrechte und Demokratie«, welches sich gemeinsam mit Politikern von Linkspartei, SPD, Grünen und anderen Bürgerrechtlern zu einer »Untersuchungskommission 19. Februar« zusammengeschlossen hatte und gleich zu Beginn ihres Anfang Februar 2012 veröffentlichten Berichtes zu dem Ergebnis kam, daß – entgegen den polizeilichen und regierungspolitischen Darstellungen – Dresden im Februar letzten Jahres eben »nicht von Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten« seitens der Nazigegner gekennzeichnet war. Vielmehr hätten sich die antifaschistischen Demonstrationen und Massenblockaden, dadurch ausgezeichnet, daß »Zehntausende Bürgerinnen und Bürger ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ›gewaltfrei und ohne Waffen‹ in ihre Hände« genommen hätten. Harsche Kritik übten die Verfasser in dem insgesamt 65 Seiten starken Bericht ebenfalls an den sächsischen Behörden. »Der Umgang der sächsischen Behörden mit dem Versammlungsrecht sowie die Kriminalisierung von zivilgesellschaftlichem Engagement zeugt von einem vordemokratischen Zustand in diesem Bundesland«, betonte Ringo Bischoff, Bundesjugendsekretär von ver.di, im Namen der Kommission. Auch Professor Dr. Wolf-Dieter Narr vom »Komitee für Grundrechte und Demokratie« schloß sich der Kritik an den »sächsischen Verhältnissen« an und hob hervor, daß »eine der vornehmsten demokratischen Praktiken im demonstrativen Handeln« bestehe. »Wer dieses gefährdet – wie es die sächsische Regierung und ›ihre‹ Polizei getan haben – gefährdet eine der ausschlaggebenden Grundlagen der Verfassung«, so der Bürgerrechtler bei der Vorstellung des Untersuchungskommissionsberichts.

Im Sachsensumpf

Anstatt die vorgebrachten Anschuldigungen ernst zu nehmen, holte die sächsische Landesregierung aus CDU und FDP im Januar 2012 zu einem neuerlichen Schlag gegen die Grund- und Freiheitsrechte aus und änderte – ganz der staatlichen »Extremismus«-Doktrin verpflichtet – das Versammlungsrecht des Freistaates. Die rechtskonservativen Politiker hatten bereits 2010 einen gemeinsamen Entwurf zur Novellierung eines »Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge im Freistaat Sachsen« beschlossen und schon zuvor in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, »alle versammlungsrechtlichen Möglichkeiten« nutzen zu wollen, um nicht etwa den Neonazis, sondern vielmehr »Extremisten in Sachsen deutliche Grenzen zu setzen«. Dem damaligen Gesetzentwurf zufolge sollte eine Demonstration zukünftig verboten werden können, wenn sie »an einem Ort von historisch herausragender Bedeutung stattfindet, der an Menschen, die unter der nationalsozialistischen oder der kommunistischen Gewaltherrschaft Opfer menschenunwürdiger Behandlung waren, Menschen, die Widerstand gegen die nationalsozialistische oder kommunistische Gewaltherrschaft geleistet haben, oder die Opfer eines Krieges erinnert«, hieß es. Im Sinn hatten die Koalitionäre dabei etwa das Leipziger Völkerschlachtdenkmal, die Dresdner Frauenkirche sowie am 13. und 14. Februar Teile des Stadtgebiets der sächsischen Landeshauptstadt. Das damalige Gesetz war jedoch im April 2011 vom sächsischen Verfassungsgerichtshof wegen gravierender Formfehler für nichtig erklärt worden. Daher mußten die Regierungsfractionen im Januar 2012 erneut über die Gesetzesverschärfung abstimmen, für die sie sodann auch wieder eine Mehrheit im Landtag erhielten.

Zusätzlich zur massiven Beschneidung des Versammlungsrechts gingen konservative Politiker und Medien massiv gegen Kritiker des vorherrschenden sächsischen Demokratieverständnisses vor. Eines der prominentesten Opfer wurde – neben Wolfgang Wippermann und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse – der sächsische SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle. Dieser hatte im Oktober 2011 im Interview mit der *jungen Welt* konstatiert, daß »der Rechtsstaat in Sachsen auf dünnen Beinen« stehe. »Rechtsstaat und Verfassung scheinen bei Teilen der Staatsanwaltschaft und Polizei völlig aus dem Ruder gelaufen zu sein«, so Nolle, der zudem darauf verwies, daß einige hundert Neonazis am 13. Februar 2010 unter direkter Polizeibeobachtung im Neustädter Bahnhof »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« skandiert hätten, ohne daß dies für die Staatsanwaltschaft ein Grund gewesen sei, Ermittlungen einzuleiten. »Im Vergleich zu Sachsen ist Bayern ein Hort des Liberalismus.« Es sei »einmalig in der Bundesrepublik, in welcher Weise das schwarz verfilzte Land seit 20 Jahren von der herrschenden CDU-Partei- und Staatsführung mit ihrem schwarzen Gesangsbuch durchorganisiert« worden sei. »Das ist der eigentliche Sachsensumpf, in dem Teile der Justiz bei der Verfolgung von Regierungskriminalität, Untreue, Korruption und Amtsmißbrauch wie eine institutionalisierte Strafvereitelungsbehörde wirken«, so Nolle.

Nolles deutliche Worte riefen selbstredend umgehend seine zahlreichen politischen Gegner auf den Plan. Einer, der sich besonders aufspielte, war der FDP-Landtagsabgeordnete Benjamin Karabinski. Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im sächsischen Landtag war bereits zuvor, im Oktober 2011, aufgefallen, als er eine mediale Hetzkampagne gegen das antifaschistische Bündnis »Dresden nazifrei!« weiter anheizte, welches ein öffentliches Blockadetraining in der Elbmetropole durchführen wollte. Die Ankündigung, legale und ordnungsgemäß angemeldete Versammlungen durch Blockaden zu verhindern, stelle einen »Aufruf zum Rechts- und letztlich zum Verfassungsbruch« dar, fabulierte der Innenpolitiker. Zudem warf er »den Akteuren, die hinter »Dresden nazifrei!« stecken«, vor, »weiter hemmungslos ihren Weg der Eskalation« zu beschreiten. Diese würden offenkundig in Kauf nehmen, daß »die Gewaltexzesse im

kommenden Februar die vergangenen noch übertreffen«. Karabinski unterstellte den Antifaschisten außerdem, »Dresden und die Dresdner in Geiselnhaft für ihren ideologischen Großkampftag im Februar« nehmen zu wollen. »Unter dem moralischen Deckmäntelchen des Antifaschismus nehmen aber auch Linkspartei, SPD und Grüne billigend in Kauf, daß Dresden zum Tummelplatz und Aufmarschgebiet gewaltbereiter Autonome aus ganz Deutschland wird. Anders ist ihr gemeinsames Engagement unter anderem mit Extremisten und Spinnern von DKP, MLPD oder Antifa im sogenannten Bündnis ›Dresden nazifrei!‹ nicht mehr zu erklären«, giftete der Landtagsabgeordnete.

Karabinski erklärte in der rechten Postille Junge Freiheit die Hatz auf den SPD-Politiker Nolte für eröffnet und bezichtigte ausgerechnet den engagierten Antifaschisten, nicht nur den Freistaat und seine »rechtsstaatlichen Institutionen«, sondern »letztlich auch alle Bürger Sachsens« zu diffamieren. Daraufhin stieg auch der sächsische CDU-Innenpolitiker Christian Hartmann – ebenfalls in der Internetausgabe der Jungen Freiheit – in die inszenierte Debatte ein. »Polizei und Justiz haben die ihnen durch Verfassung und Gesetz übertragenen Aufgaben pflichtgemäß im Interesse und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger erfüllt«, behauptete der CDU-Politiker und forderte – ausgerechnet in dem Rechtsaußenblatt –, bei der Bewertung der Justizschelte nicht zu vergessen, wer die Kritik an den sächsischen Behörden in welcher Zeitung geäußert habe. Lorenz Haase, Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, stimmte in den Chor ein. Nollers Aussagen seien »absurd« und zeugten von »Unkenntnis grundlegender Prinzipien der Aufgaben und der Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft«, äußerte er ebenfalls gegenüber der Jungen Freiheit. Der Oberstaatsanwalt wies zudem den Vorwurf zurück, seine Behörde kriminalisiere friedliche Demonstranten. Dies, obwohl selbst der juristische Dienst des Deutschen Bundestages im Zusammenhang mit den Dresdner Vorgängen von rechtswidrigen Verfolgungsmaßnahmen gesprochen hatte.

<http://www.jungewelt.de/2012/02-18/021.php>

Junge Welt | 18.02.2012

Antifaschisten kriminalisiert

Erklärung des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP:

Mit Empörung haben wir die Information über das Vorgehen gegen unseren Freund und Kameraden Heinrich Fink, langjähriger Bundesvorsitzender der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten), durch die Polizei in Dresden am 13. Februar zur Kenntnis nehmen müssen. Heinrich Fink wurde – wie auch weitere Antifaschisten – beim Verlassen einer antifaschistischen Kundgebung festgehalten und kontrolliert. Dabei stellte sich heraus, daß gegen ihn Ermittlungen unter dem Vorwurf des Landfriedensbruchs laufen. Fink soll sich im vergangenen Jahr an den erfolgreichen Massenblockaden in Dresden beteiligt haben. Damit sollen offenbar er und mit ihm wieder einmal antifaschistisches Engagement und vor allem die VVN-BdA kriminalisiert werden. Aber es sind alle gemeint, die sich in den vergangenen Jahren – wie auch am 13. Februar dieses Jahres – den Faschisten in Dresden entgegenstellten.

Wir lassen uns jedoch nicht kleinkriegen, wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir fordern

die sofortige Einstellung der juristischen Verfolgung aller Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich in den vergangenen Jahren an den Blockaden in Dresden beteiligt haben. (...) Wir fordern die Auflösung und das Verbot der NPD und aller anderen neofaschistischen Parteien und Organisationen entsprechend Artikel 139 des Grundgesetzes. Wir fordern nicht nur die Untersuchung und Offenlegung der Vorgänge um die faschistische Mördergruppe NSU, sondern auch, daß die politisch Verantwortlichen in den Ländern wie im Bund abgelöst werden und der Verfassungsschutz aufgelöst wird. (...)

<http://www.jungewelt.de/2012/02-18/027.php>

MDR aktuell | 18.02.2012

Tausende setzen Zeichen gegen Rechts

Mit Demonstrationen und Kundgebungen haben Tausende in der Dresdner Innenstadt gegen Rechtsextremismus und Intoleranz protestiert. Zum Protest-Tag versammelten sich in den Kirchen der Stadt die Menschen zu Friedensgebeten und Gottesdiensten. Die Polizei war mit 1.600 Einsatzkräften vor Ort. Ein geplanter Aufmarsch von Rechtsextremen wurde kurzfristig ins ostthüringische Gera verlegt, fand aber nur geringen Zulauf.

Sächsisches Demokratieverständnis in der Kritik

In Dresden beteiligten sich Tausende Menschen an zwei Demonstrationen. An der vom "Bündnis Nazifrei" initiierten Demonstration nahmen nach Angaben der Veranstalter rund 10.000 Menschen teil. Die Polizei sprach von mehr als 6.500 Teilnehmern. Als prominente Teilnehmer waren unter anderem Linke-Chefin Gesine Löttsch und Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) angekündigt.

Sachsens SPD-Chef Martin Dulig, der an beiden Veranstaltungen teilnahm, verneinte eine Konkurrenz der Demonstrationen von "Bündnis Nazifrei" und der Stadt Dresden. Bei der "Nazifrei"-Demo gehe es um die sächsische Demokratie, sagte Dulig. "Ich finde es skandalös, dass friedliche Demonstranten kriminalisiert werden."

Die Veranstaltung des "Nazifrei"-Bündnisses kritisierte auch das Demokratieverständnis der sächsischen Landesregierung und die Kriminalisierung von Antifaschismus. Redner forderten unter anderem, Aufmärsche aller rechtsextremen Organisationen zu verbieten. Außerdem kritisierten sie die Verurteilung von Sitzblockierern, die in den vergangenen Jahren Naziaufmärsche behindert hatten. Der Landesregierung warfen sie vor, geringes Interesse an der Aufklärung der Taten der rechtsextremistischen NSU zu haben.

Hans-Jochen Vogel fordert NPD-Verbot

Die zentrale Kundgebung der Stadt, organisiert von der "AG 13. Februar", wurde am Mittag auf dem Schlossplatz abgehalten. Rund 1.500 Menschen versammelten sich dort, als SPD-Urgestein Hans-Jochen Vogel in einer Rede den parteiübergreifenden Protest in Dresden lobte. Es sei "wichtig, dass alle zusammen die Demokratie und die Werteordnung des Grundgesetzes verteidigen", sagte der frühere SPD-Chef. Der Staat müsse den Rechtsextremismus entschieden bekämpfen, die NPD müsse verboten werden.

Auch Überlebende der Bombenangriffe auf Dresden und auf das polnische Wielun kamen auf dem Schlossplatz zu Wort. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich und Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert waren ebenfalls vor Ort. Im Anschluss zog der Demonstrationzug der "AG 13. Februar" unter dem Motto "Mit Mut, Respekt und Toleranz

- Dresden bekennt Farbe" vom Schlossplatz zur Synagoge, wo die Abschlusskundgebung stattfand.

Kirchen für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe

Auch Dresdens Gotteshäuser beteiligten sich an den Protesten gegen Rechts. Seit dem Vormittag hatten die Kirchen der Stadt zu Friedensgebeten eingeladen. Eine Podiumsdiskussion in der Frauenkirche widmete sich der Zukunft des Gedenkens und des Umgangs mit rechtsextremem Gedankengut. In der Synagoge wurde ein öffentlicher Schabbat-Gottesdienst abgehalten. In der Kreuzkirche und der Dreikönigskirche traten Künstler wie Sebastian Krumbiegel ("Die Prinzen") und Opernsänger Gunther Emmerlich, Musiker der Sächsischen Staatskapelle und der Staatsoper sowie Kabarettisten der "Herkuleskeule" auf.

Rechtsextreme weichen nach Gera aus

Statt wie ursprünglich geplant in Dresden zu marschieren, trafen sich Rechtsextreme in Gera in Ostthüringen. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich dort etwa 125 Rechte an einem "Trauermarsch". Ihre bis 17:30 Uhr angemeldete Aktion beendeten sie von sich aus bereits eine Dreiviertelstunde früher. Die Polizei zählte rund 100 Gegendemonstranten.

Das Dresdner "Bündnis Nazifrei" hatte angekündigt, einen möglichen Aufmarsch wie schon am Montag zu blockieren. Seit Jahren gibt es in der Landeshauptstadt Streit darüber, ob die Blockade und damit die Verhinderung von Neonazi-Aufmärschen rechtmäßig ist oder gegen die grundgesetzlich garantierte Versammlungs- und Meinungsfreiheit der Rechtsextremen verstößt. Weil die Polizei genehmigte Neonazi-Kundgebungen absicherte, kam es in den vergangenen Jahren zu Zusammenstößen zwischen den Gegnern der Rechtsextremen und den Ordnungshütern. Rund 100 Beamte wurden 2011 verletzt. Es folgten Ermittlungsverfahren gegen engagierte Bürger, einen Jenaer Jugendpfarrer und Politiker.

Bereits am Montag hatten Tausende gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden demonstriert. Die Rechtsextremen widmen alljährlich den Gedenktag an die Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 für ihre Propagandazwecke um.

http://www.mdr.de/nachrichten/demonstrationen100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html

ähnliche Artikel:

Badische Zeitung

<http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/deutschland/tausende-folgen-buendnis-dresden-nazifrei--56000981.html>

domradio.de

<http://www.domradio.de/news/79964/erneuter-protest-gegen-neonazis-in-dresden.html>

Gelnhäuser Tageblatt

<http://www.gelnhaeuser-tageblatt.de/nachrichten/politik/deutschland/11680879.htm>

Frankfurter Rundschau

<http://www.fr-online.de/politik/dresden-tausende-demonstrieren-gegen-nazis,1472596,11660920.view.asFirstTeaser.html>

Freie Presse

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Tausende-demonstrieren-in-Dresden-gegen-Rechtsextremismus-artikel7909069.php>

Freie Presse

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Tausende-protestieren-erneut-gegen-Neonazis-in-Dresden-artikel7909133.php>

Freie Presse

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Tausende-demonstrieren-in-Dresden-gegen-Rechtsextremismus-artikel7909023.php>

Lausitzer Rundschau

<http://www.lr-online.de/politik/Schlaglichter-Tausende-protestieren-in-Dresden-gegen-Rechts;art740.3689625>

Mittelbayerische Zeitung

http://www.mittelbayerische.de/nachrichten/politik/artikel/tausende_protestieren_in_dresd/758649/tausende_protestieren_in_dresd.html

n24

http://www.n24.de/news/newsitem_7681870.html

ntv

<http://www.n-tv.de/politik/Dresden-bekennt-Farbe-article5535766.html>

ntv

<http://www.n-tv.de/ticker/Tausende-protestieren-in-Dresden-gegen-Rechts-article5536471.html>

Ostsee Zeitung

http://www.ostsee-zeitung.de/nachrichten/brennpunkt/index_artikel_komplett.phtml?SID=be12ea07f5b470746157a456e735b632¶m=news&id=3372035

Rhein Main Presse (Main-Spitze)

<http://www.main-spitze.de/nachrichten/politik/deutschland/11680879.htm>

Rheinische Post

<http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/tausende-bei-demo-gegen-rechts-1.2719284>

stern.de

<http://www.stern.de/politik/deutschland/demonstration-mahnwachen-friedensgebete-tausende-dresdener-protestieren-gegen-rechts-1788621.html>

stern.de

<http://www.stern.de/news2/aktuell/erneut-demonstrationen-gegen-rechts-in-dresden-1788467.html>

Süddeutsche Zeitung

<http://www.sueddeutsche.de/politik/dresden-tausende-protestieren-gegen-rechtsextremismus-1.1287535>

Weser Kurier

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/News/Politik/Inland/538087/Dresden%3A-Tausende-demonstrieren-gegen-Rechtsextremismus.html>

Zeit online

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-02/dresden-anti-rechts-demonstration>

Zeit online

<http://www.zeit.de/news/2012-02/18/geschichte-tausende-protestieren-in-dresden-gegen-rechts-18185610>

Neues Deutschland | 18.02.2012 | Ines Wallrodt

Dresden befreit

Wie der Nazigroßaufmarsch tatsächlich Geschichte werden könnte

Drei Jahre entschlossener Widerstand haben den Nazis einen ihrer zentralen Aufmärsche zerschlagen. Ein Blick auf Bedingungen dieses Erfolgs.

Manchmal ist die Tatsache, dass etwas nicht passiert, die wichtigste Meldung. Heute wird aller Wahrscheinlichkeit nach so ein Tag. Einen großen Naziaufmarsch wird es an diesem Wochenende in Dresden wohl nicht geben. Das klingt lapidar. Tatsächlich macht aber erst das die Erfolgsbilanz der Dresden-Proteste komplett. Denn nicht der 13. Februar war das zentrale Datum für die Naziszene - die Großmobilisierung konzentrierte sich vielmehr seit ein paar Jahren auf das jeweils darauffolgende Wochenende. Alte und junge Nazis aus ganz Europa kamen dann in die Elbe-Stadt. Ihr Aufmarsch hatte im »Kampf um die Straße« eine wichtige Funktion für die Mobilisierung nach innen und ins Umfeld. Damit scheint es erstmal vorbei zu sein.

Erst drei Jahre ist es her, dass 7000 Nazis unbehelligt durch die extra für sie gesperrte Innenstadt Dresdens demonstrieren konnten. Und das nicht zum ersten Mal. Die Aufmärsche offenbarten, dass in Deutschland eine ideologisch gefestigte, gewaltbereite faschistische Bewegung existiert. Doch in Dresden versuchte das eine Mehrheit der Bürger zu ignorieren. Eine Unkultur des Wegschauens, gepaart mit einer autoritär-konservativen Regierungspolitik haben das Anwachsen der Versammlung von 30 Hanseln 1998 zu einem Großereignis mit mehreren Tausend Teilnehmenden begünstigt. Die Nazis konnten daran anknüpfen, dass Dresden seit Jahrzehnten den Mythos der unschuldigen Stadt pflegte.

Doch dieses Jahr haben sie ihre Anmeldung zurückgezogen. Die Nazis fürchten die entschlossene Gegenwehr Tausender Bürger und haben keine Lust, sich die nächste Schlappe einzufangen. Selbst wenn Dresden auch heute nicht gänzlich nazifrei sein wird: Eine der europaweit größten Machtdemonstrationen der Naziszene ist geknackt. Ein Riesenerfolg.

Wie war das möglich? Ein Blick auf die Bedingungen einer bemerkenswerten Entwicklung.

Das richtige Ziel finden

Am Anfang gab es noch nicht einmal einen gemeinsamen Protest der Linken. Es fehlte die Einigkeit, dass sich die Demonstration vorrangig gegen die Nazis richten sollte. Bei den Protestdemonstrationen an den Jahrestagen der Dresden-Bombardierung gaben Antideutsche den Ton an. Nationalflaggen der Alliierten und die Parole »Bomber Harris do

it again« schreckten nicht nur die Dresdner ab, sondern waren schon in der antifaschistischen Linken nicht anschlussfähig. Die Kritik am Dresdner Opfermythos wird unter Linken zwar breit geteilt, ein Freudentanz auf den Gräbern Tausender Menschen verbot sich für viele aber auch. Bewirkt hat die Selbstdarstellung mit Stinkefinger nichts. Weder wurden die Nazis behindert, noch ein Umdenken in Dresden angestoßen.

Das änderte sich erst ab 2009: Mit »No Pasaran« gründete sich ein bundesweites Antifa-Bündnis des bewegungsorientierten, linksradikalen Spektrums. Sein Ziel: den braunen Aufmarsch zu verhindern. Aber auch weniger links hatten Menschen nach den Wahlerfolgen der NPD und den gespenstischen Massenaufzügen der vorigen Jahre genug: So formierte sich auf Initiative des DGB Sachsen das Bündnis »Gehdenken«, das von Parteien, kirchlichen Gruppe und zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützt wurde.

Dennoch blieben die Nazis in Dresden 2009 weitgehend ungestört. Während die Linken allein zu wenige waren, um sie effektiv zu blockieren, demonstrierte das Gehdenken-Bündnis mit 8000 Menschen fernab der Marschroute. Die einen wollten, konnten aber nicht, die anderen hätten gekonnt und wollten (noch) nicht. 7000 Nazis triumphierten.

Scheuklappen ablegen

Es klingt nach einer Binsenweisheit: Protest muss breit aufgestellt sein. Und doch ist es das Einfache, das schwer zu machen ist. Nach dem für Demokraten niederschmetternden Verlauf 2009 lud das Bündnis »No Pasaran« alle, die den Nazis effektiv etwas entgegengesetzten wollten, an einen Tisch. Aus diesem Treffen entstand das breite gesellschaftliche Bündnis »Dresden nazifrei«, das es vermochte, Linke und »Bürgerliche«, Antifas und Geschäftsleute, Junge und Alte, Gewerkschafter, Jusos, Bildungsbürger, Fußballtrainer, Kirchenleute, Prominente zusammenzubinden. Der Schlüssel ist ein belastbarer Aktionskonsens, der das Ziel und die Mittel klar definiert. Dafür mussten Vorurteile fallen, Abgrenzungsbedürfnisse hintenangestellt, Kompromisse geschlossen werden. So haben die einen auf die explizite Formulierung von »friedlich« und »gewaltfrei« verzichtet, die anderen auf Signalwörter für Antikapitalisten oder auch schärfere Kritik am einseitigen Gedenkdiskurs. Den ersten Aufruf von »Dresden nazifrei« zur Blockade des Naziaufmarschs 2010 unterstützten über 2000 Einzelpersonen und fast 700 Gruppen und Organisationen, zunehmend auch wichtige Politiker und Künstler. Sie riefen zu entschiedenem Handeln auf und setzten Sachsens Politikbetrieb unter Druck, dessen Tatenlosigkeit im Vergleich zu einer aktiven Zivilgesellschaft als immer skandalöser empfunden wurde.

Die eigentümlich verzerrte Erinnerungkultur war zunächst weniger Thema des Bündnisses, was ihm zuweilen angekreidet wurde. Allerdings, so zeigt sich jetzt, hat die Fokussierung auf die Nazis letztlich doch dazu geführt, auch den Blick der Stadt auf seine Zerstörung zu verändern. Das offizielle Gedenken am 13. Februar bezog diesmal die Opfer des Nationalsozialismus mit ein.

Das gewachsene Vertrauen der Bündnispartner wie auch ihre Konzentration auf das gemeinsame Ziel erwiesen sich nach den Demonstrationen im vergangenen Jahr. Trotz der hartnäckigen Strafverfolgung, Wasserwerfern und Pfefferspray und obwohl am 19. Februar 2011 nicht nur Menschen mit ihren Körpern blockiert, sondern auch Barrikaden gebrannt haben, ist der Kreis nicht auseinandergebrochen. Das ist wohl auch den sächsischen Behörden zu verdanken, die mit flächendeckender Überwachung, Ramboüberfällen auf linke Büros und vielen Rechtswidrigkeiten mehr den Bogen weit überspannten und deshalb zu Recht die Empörung auf sich gezogen haben. Die gesellschaftliche Breite des Bündnisses ist auch Grundlage dafür, dass Kriminalisierung und Repression nicht nur solidarisch beantwortet wurden, sondern sogar zur Mobilisierung beitragen konnten.

Mehr als Symbolik

Der Rückzug der Nazis hätte ohne die Massenblockaden nicht stattgefunden. Das Konzept hat bewiesen, dass es die Nazis tatsächlich beeinflusst, sie zum Abbiegen oder Stehenbleiben zwingt und internen Streit provoziert. Obwohl politisch umstritten, genießt diese Form des zivilen Ungehorsams inzwischen spektrenübergreifend Unterstützung. Die Blockaden greifen das Bedürfnis auf, der braunen Gefahr wirklich etwas entgegenzusetzen und nicht nur symbolisch seinen Unmut zu bezeugen. Der Erfolg dieser konfrontativen Aktionsform ist abhängig von Transparenz, intensiver Vorbereitung und Verlässlichkeit in der Umsetzung. Sie wird durch einen öffentlichen Aufruf zum zivilen Ungehorsam, die Sammlung von Unterstützern, einen überzeugenden Aktionskonsens sowie Blockadetrainings kalkulierbar. Das alles schafft Vertrauen bei unerfahrenen Straßenkämpfern wie skeptischen Bürgern und bedeutet eine implizite Verpflichtung für alle, die sich üblicherweise leicht von Polizeihelmen ablenken lassen. Natürlich kam es auf den Beweis an. Der wurde 2010 erbracht, als erstmalig viele tausend Menschen unterschiedlicher Herkunft die Nazis am Bahnhof Neustadt stoppten.

Ich bin besser, bäh!

Naserümpfen über »Luschi-Menschenketten« genauso wie die Warnung vor Gewalttättern, wenn von offensiven Aktionen gesprochen wird - Abgrenzungen wie diese schwächen die Gegenwehr. Dieses Jahr wurde in Dresden wenn nicht Solidarität, so doch wenigstens stillschweigende Toleranz mit den verschiedenen Formen der Meinungskundgabe geübt. Neben den Sitzblockaden gab es in der sächsischen Landeshauptstadt viele symbolische Aktionen, je mehr deren Anhänger auf gegenseitige Attacken verzichteten, desto stärker wird nach außen der Eindruck vermittelt, dass alle gemeinsam das gleiche Ziel verfolgen. Die Unterscheidung in gute und böse Aktionsformen ist freilich nicht überwunden, wie sich etwa daran zeigt, dass Sitzblockaden in Sachsen weiterhin als Straftat und nicht als Ordnungswidrigkeit gelten. Aber inzwischen geraten die Hardliner zunehmend in die Defensive. So konnte dieses Jahr der Stadtregierung immerhin abgetrotzt werden, dass sie zu Protesten in Hör- und Sichtweite der Nazis aufruft und zu Blockaden so oft wie möglich den Mund hält.

Ein Ausblick

Jede Verdrängung der Nazis von der Straße schränkt ihre öffentliche Wahrnehmbarkeit ein. Deshalb ist Gegenwehr wie in Dresden so wichtig. Und doch: Die Nazis werden versuchen, auf andere Orte auszuweichen und dort marschieren, wo man sie lässt. Auch diese Aufmärsche können mit Blockaden beantwortet werden. Aber all das ändert nichts daran: Die Nazis gibt es immer noch. Der Kampf gegen die Verbreitung ihrer Ideologie braucht daher weitere, früher und grundsätzlicher ansetzende Gegenstrategien. Ermutigende Erfolge an dieser Stelle stehen noch aus.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218901.dresden-befreit.html>

Neues Deutschland | 18.02.2012 | Stefan Thiele (Gastkolumne)

Das gleiche andere Dresden

Ist das wahr? Ist das die gleiche Stadt, die vor kurzem noch so hervorragend das offizielle Gedenken an die alliierte Bombardierung mit der Förderung der rechtsextremen Erinnerung an den »Bombenholocaust« zu verbinden wusste? Die gleiche Stadt, in der

Polizei, Staatsanwaltschaft und konservative Politiker nur eine einzige Gefahr für die sächsische Demokratie kennen: die engagierte Zivilgesellschaft? Ist das noch das Dresden der Funkzellenabfragen, der Pepperballgeschosse, der Strafverfahren gegen BlockiererInnen? Ja - natürlich, aber etwas ist anders geworden: Die Überheblichkeit den Menschen gegenüber, die Nazis nicht für eine zu ignorierende biblische Plage halten und die Zerstörung Dresdens im Kontext des deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges sehen, ist dahin. Die erfolgreichen, gegen Polizeiatacken, Staatsanwälte und Winterwetter durchgesetzten Blockaden haben dafür gesorgt, dass sich in Dresden etwas bewegt. Statt »Trennungsgebot« gibt es jetzt Proteste in Hör- und Sichtweite, statt Kranzniederlegungen mit NPD-Funktionären sind auf dem Heidefriedhof nun die Nazis vom städtischen Gedenken ausgeschlossen, statt auf Prügeleinsätze setzt die Polizei jetzt auf Deeskalation.

Diese Erfolge sind das sichtbare Ergebnis der Arbeit des Bündnisses »Nazifrei! Dresden stellt sich quer«, eines für die Geschichte der antifaschistischen Bewegung in der Bundesrepublik beispiellosen Zusammenschlusses. Antifa und Jusos, radikale Linke und kirchliche Arbeitskreise, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften, Jugendverbände, Parteien, Kultureinrichtungen und Einzelpersonen haben sich in diesem Bündnis auf eine Aktionsform geeinigt, die niemanden ausschließt und sich doch nicht im allgemeinen Appell, im symbolischen Bekenntnis erschöpft: die Massenblockaden. Zusammengehalten von einem Aktionskonsens, der der Breite des Bündnisspektrums gerecht wird und gleichzeitig Grenzen definiert, hat es »Dresden nazifrei!« geschafft, dem massenhaften zivilen Ungehorsam eine breite gesellschaftliche Akzeptanz zu eröffnen. In Dresden äußerte sich dies am vergangenen Montag ganz konkret in dem spontanen Zug tausender TeilnehmerInnen der Menschenkette zum Blockadepunkt Sternplatz. Die Erfahrung, durch entschlossenes, kollektives und selbstbewusstes Handeln den Nazis die Straße tatsächlich streitig machen zu können, ist ihnen nicht mehr zu nehmen.

Für die Neonazis ist ihr Scheitern im dritten Jahr in Folge nur schwer zu verkraften: Streit, Vorwürfe, Ratlosigkeit und Verschwörungstheorien prägen die internen Diskussionen. Die auf den Endsieg eingestellten Kameraden kommen mit der Kette von Niederlagen nicht zurecht. So wird auch die eigentlich für den 18. Februar geplante Großveranstaltung, wenn überhaupt, wohl nur in Form einer klandestinen organisierten Kommandoaktion stattfinden: Ein bisschen Adrenalin für den harten Kern statt Sportpalastfeeling fürs Fußvolk. Den Dresdener Blockaden ist damit etwas gelungen, was kein Verbotsverfahren, kein Verfassungsschutzspitzel und keine Menschenkette je erreichten: Sie haben als gemeinsame und mutige Aktion engagierter Bürgerinnen und Bürger die Nazis wirklich und nachhaltig geschwächt. Auch das ist heute Dresden.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218919.das-gleiche-andere-dresden.html>

Radio Köln | 18.02.2012

Dresden macht mobil gegen Rechts

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wird in Dresden ein Massenprotest gegen Rechtsextremismus organisiert. Am Samstag wird auf einer Großkundgebung auf dem Schlossplatz der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel (SPD) sprechen, der bis 2008 im Kuratorium zum Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Dresdner Frauenkirche saß, wie die Stadt Dresden am Mittwoch mitteilte. Zu Wort kommen sollen außerdem Überlebende der Bombenangriffe auf Dresden und Wielun in Polen im Zweiten Weltkrieg.

Im Anschluss ist ab etwa 14.30 Uhr ein Demonstrationzug rund um die Dresdner Altstadt

bis zur Synagoge geplant. Dort soll es eine Abschlusskundgebung geben. Zu den Veranstaltungen lädt die AG 13. Februar ein. Das parteiübergreifende Gremium hat Aktionen für den 13. und 18. Februar vorbereitet, mit denen Dresden an seine Zerstörung im Jahr 1945 erinnert und sich zugleich gegen die Vereinnahmung des Datums durch Rechtsextreme wehrt.

http://www.radiokoeln.de/koeln/rk/709572/news/nrw_welt

Regensburger Wochenblatt | 18.02.2012 | Ursula Hildebrand

Kundgebung: Oberpfalz-SPD setzt sich für nazifreies Dresden ein

Rund 3.000 Menschen haben sich am Samstag, 18. Februar, in Dresden versammelt, um unter dem Motto "Dresden Nazifrei" gegen rechte Umtrieb zu demonstrieren. Mit dabei auch eine Abordnung aus der Oberpfalz.

Unter anderem setzten sich der Chef der Oberpfalz-SPD, Franz Schindler aus Schwandorf, und der stellvertretenden Bundesvorsitzende der Jusos, Sebastian Roloff aus Regensburg, gegen Rechtsextremismus und Gewalt ein. "Ziel der Demonstrationen war es unter anderem, sich gegen eine Instrumentalisierung der Dresdner Kriegssopfer durch die NPD zu verwehren, eine strikte Aufklärung der Vorgänge um die Morde der so genannten ‚NSU‘ zu fordern und für eine menschliche und tolerante Gesellschaft zu demonstrieren", so Roloff gegenüber dem Wochenblatt. Mit mehreren Bussen war man deshalb auch aus Ostbayern nach Dresden gereist.

Ursprünglich waren die zahlreichen Aktionen des heutigen Tages als Gegendemonstrationen für die angekündigten Nazi-Aufmärsche gedacht. Diese wurden im Vorfeld abgesagt. Ökumenischen Friedensgebete und Mahnwachen, Podiumsdiskussionen und Kundgebungen sollten klarstellen, dass Nazis in Dresden unerwünscht sind. Rund 1.600 Polizeibeamte waren im Einsatz.

Indes wird zum Beispiel über Facebook aus Fürth gemeldet, dass sich Nazis gegen Mittag zu einer Demonstration versammelt hatten. Dort sollte Wohl eine AER Ersatzveranstaltung für Dresden stattfinden. Rund 100 Nazis trafen hier auf ebensoviele Gegendemonstranten. In Worms lautete das Motto "Nazis wegschunkeln!". Mit dem traditionellen Straßenfasching stellen sich hier Bürgerinnen und Bürger gegen einen angekündigten "Trauermarsch" der rechten Szene.

<http://www.wochenblatt.de/nachrichten/regensburg/regionales/Nazis-Neonazis-Naziterror-NSU-Schindler-Roloff-SPD;art1172.95929>

Standhaft gegen Neonazis

Während sich im Thüringer Landtag ein Untersuchungsausschuss zum braunen Mördertrio konstituierte und als erstes die Verdächtige Beate Zschäpe vorgeladen werden soll, tut sich in Sachsen weiterhin nichts. 13 Jahre lang mordete die NSU von diesem Land aus, doch „noch hat sich kein Ministerpräsident dafür entschuldigt, wurde kein Verfassungsschutzpräsident ausgewechselt“, rügt der in Dresden lebende Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, Friedemann Bringt.

Es gebe keine Aufarbeitung in Sachsen, keine Untersuchungskommission. „Das ist schon erschreckend“, so Bringt.

Mittlerweile spricht man auch in Dresden von „sächsischen Verhältnissen“, um ein desinteressiert bis verharmlosend-abwiegelnd wirkendes Agieren von Politik gegenüber rechtsextremen Ereignissen zu geißeln. Das bezieht dann alles ein, beginnend bei der NPD, die seit fast acht Jahren in Fraktionsstärke im Landtag sitzt und in Sachsen sowohl ihren Parteiverlag als auch das Bundesbüro ihrer Nachwuchsorganisation betreibt. Aber dazu gehören auch die jahrelangen Pannen bei der Verfolgung der Zwickauer Neonazi-Terrorzelle sowie nun die jüngsten Strafbefehle gegen unbescholtene Bürger, weil sie 2010 und 2011 Naziaufmärsche friedlich zu blockieren suchten – und dies erstmals auch schafften.

Bürgern wird nachgestellt Regelmäßig wird deshalb auch das mittlerweile bundesweite Bürgerbündnis „Dresden nazifrei“ kriminalisiert. Wiederholt wurden dessen Büroräume gefilzt und Mitarbeiter teils verdeckt überwacht. Vor diesem Hintergrund will „Dresden nazifrei“ am morgigen Samstag auch dann in Dresden durch die Innenstadt demonstrieren, wenn kein brauner Aufmarsch stattfindet. Ausdrücklich werde man dazu auch am Polizeipräsidium, am Innen- und am Justizministerium vorbeiziehen, um „gegen sächsische Verhältnisse“ zu demonstrieren, kündigte ein Sprecher an.

Die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), die wie in den Vorjahren erneut für den 18. Februar eine Großdemonstration geplant hatte, zog die Anmeldung zu Wochenbeginn zurück. Beim Kulturbüro Sachsen, einer landesweit führenden Initiative gegen Intoleranz und Rechtsextremismus, erklärt man dies nicht zuletzt mit taktischen Erwägungen der NPD. Denn hinter der JLO, die im Grunde ein „dreiköpfiger leerer Torso“ sei, die allein solche Aufmärsche wie in den letzten Jahren weder planen noch organisieren könne, stehe klar die rechtsextreme Partei, so Geschäftsführerin Grit Hanneforth. In den letzten Jahren hatte stets um den 13. Februar herum, dem Jahrestag der Bombardierung der Stadt 1945, die größten rechtsextremem Aufmärsche Europas gegeben.

Dass sich die NPD diesmal „extrem zurückhält bei der Organisation solcher Großdemonstrationen“, hat für Hanneforth mit der Aufarbeitung der NSU-Morde und dem damit über sie schwebenden Verbotsverfahren zu tun. Immerhin gebe es immer neue Verdachtsmomente, dass sie enge Verbindungen zu dem Trio hatte. Dennoch sieht man beim Antinazi-Bündnis Anzeichen, dass die Rechte für den Samstag „verdeckt mobilisiert“. Vor allem die „Freien Kräfte“, die auch schon am 13. Februar in der Stärke von 1600 Mann mit Fackeln durch Dresden marschiert waren, suchten schon lange Gelegenheiten, ihre Distanz zur NPD zu demonstrieren. Diese sei ihnen längst „zu seicht“, heißt es beim Kulturbüro Sachsen. So hätten diese Neonazi-Gruppen schon in den Vorjahren eigene Kundgebungen veranstaltet.

Am Montag war es Nazigegnern gelungen, mittels Blockaden den Aktionsradius der braunen Fackelträger einzuschränken. Obwohl die Dresdener Staatsanwaltschaft weiter wegen „Verstoß gegen das Demonstrationsrecht“ Geldstrafen gegen die Blockierer der vergangenen Jahre versendet, berufen sich diese auf das Grundgesetz. Rückendeckung bekommen sie vom Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer. „Unser Verfassungsgericht hat friedliche Blockaden unter den Schutz des Grundgesetzes gestellt“, betont dieser. Doch in Sachsen sei man „zu sehr damit beschäftigt, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren, anstatt den Nazis das Leben schwerzumachen“.

<http://www.suedkurier.de/nachrichten/politik/aktuelles/politik/Standhaft-gegen-Neonazis;art1015367,5378634>

TAZ | 18.02.2012 | Michael Bartsch

Nazifrei, aber reich an Protesten

Bei schönstem Demo-Wetter protestieren in Dresden bis zu 10.000 Menschen friedlich gegen nicht anwesende Nazis – aber auch gegen sächsische Repressionen.

DRESDEN taz | Dresden erlebte an diesem Sonnabend tatsächlich einen nazifreien Tag. Auch von einer angeblich für 15 Uhr am Hauptbahnhof angekündigten braunen Aktion war nichts zu sehen. Dort hing um diese Zeit nur noch eine symbolisch versteckte Pappkamera in einem Baum.

Nur eines von zahllosen Objekten, die neben Transparenten und Fahnen den Auftakt eines Marsches von Nazigegnern durch die ganze Stadt begleitet hatten. Auch ohne direkte Herausforderung durch den inzwischen abgesagten zweiten Nazi-"Trauermarsch" nach dem 13. Februar fanden sich 11 Uhr mindestens 6.000 Antifaschisten aus der ganzen Bundesrepublik am Bahnhofsvorplatz ein.

Das Bündnis "Dresden Nazifrei" spricht sogar von 10.000 Teilnehmern am anschließenden Demonstrationzug. "Sächsische Verhältnisse kippen", lautete der häufigste Slogan. Er entspricht den Intentionen der Veranstalter vom Nazifrei-Bündnis.

Sie hatten ungeachtet der voraussichtlich ausbleibenden Nazis zum Protesttag gegen die Kriminalisierung friedlicher Demonstranten und Blockierer der vergangenen beiden Jahre aufgerufen. Mandatsträger der Oppositionsparteien, aber auch einfache Bürger werden immer noch wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verfolgt. Am 19. Februar 2011 erfasste die Polizei außerdem mehr als ein Million Handy-Verbindungsdaten.

Christen- und Kapuzenblock

Dagegen empörten sich auch ältere Dresdner, die man auf einer solchen Demonstration nicht erwartet hätte. Auch ein überregionaler christlicher Aufruf "Nächstenliebe verlangt Klarheit" hatte zuvor für Dresden mobilisiert. Deren Marschblock führte die Präsidenten der EKD-Synode Katrin Göring-Eckhardt von den Grünen an. Sehr leise mahnte ein Plakat mit dem christlichen Fisch-Symbol zur Versöhnung.

Daneben liefen starke Blöcke aus Berlin und Brandenburg, Mecklenburg oder Jena. Vermummt zeigten sich mehrere "Kapuzenblöcke" von Autonomen. In der an Buntheit kaum noch zu überbietenden Demonstration standen oder liefen Linke und MLPD, Gewerkschaften und Occupy-Bewegung, Ausländerbeiräte oder sogar Veganer solidarisch nebeneinander. Die Vielzahl sich gegenseitig übertönender Lautsprecherwagen oder Straßenbands beim Auftakt am Hauptbahnhof erinnerte an die

Londoner Speaker's Corner. Junge Welt, Rote Fahne und ungezählte Flugblätter wurden verteilt.

Der bekannte Jenaer Jugendpfarrer Lothar König erschien diesmal nicht im schwarzen Talar wie am Montag, sondern in sehr schlichtem Obdachlosenzivil. Einige Demonstranten trugen Faschingskostüme und warfen Konfetti. Auf der Demonstrationsroute erschollen unter der Brücke am Neustädter Bahnhof nicht nur die Rufe "Alerta Antifascista!" wegen des Echos besonders laut. Dort zündeten auch einige Böller.

Erfolgreiches Deeskalationskonzept

Die Polizei beeindruckte das nicht. Sie blieb ihrem am Montag bereits mit Erfolg praktizierten Deeskalationskonzept treu und begleitete den Zug unauffällig. Vereinzelt winkten Demonstranten den Polizei beamten sogar zu. Auch die heiklen und bewusst gewählten Stationen am Innen- und danach am Justizministerium verließ der Zug friedlich.

Enttäuschend blieb dagegen die Resonanz auf den erstmals im Konsens der "Arbeitsgruppe 13. Februar" verfassten Aufruf zu einer städtischen Kundgebung auf dem Schlossplatz. Sie sollte sich ursprünglich in Hör- und Sichtweite eines möglichen Nazi-Aufmarsches bewegen. Nur etwa 2.000 Bürger hielten es für wichtig, dennoch ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Dass es solcher Zeichen bedarf, räumte der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilber (FDP) nochmals ein. "Stilles Gedenken reicht nicht", bekräftigte er den Erkenntnis- und Findungsprozess in der Stadt.

Die Ansprachen wurden von musikalischen Beiträgen und einem Schülerprojekt aus Pirna umrahmt. Neben Nora Lang, Überlebende des Bombenangriffs auf Dresden 1945, sprach ihr Leidensgenosse Eugeniusz Kolodziejczyk aus dem polnischen Wielun. In dieser Stadt starben am ersten Tag des Überfalls auf Polen 1.200 Menschen durch deutsche Bomben.

Als Hauptredner war der ehemalige Bundesminister, SPD-Kanzlerkandidat und frühere Oberbürgermeister von München und Berlin Hans-Jochen Vogel eingeladen worden. Argumenten, die Bombardierung Dresdens ein Vierteljahr vor Kriegsende sei ein sinnloser Terrorakt gewesen, begegnete er mit dem Hinweis, nach dem Stauffenberg-Attentat 1944 seien noch mehr als zweieinhalb Millionen deutsche Soldaten gestorben. "Das Regime setzte den Krieg noch fort, als er längst entschieden war!"

Als Warnung müsse heute die Tatsache dienen, dass 1933 nicht genug Deutsche für die Demokratie engagiert waren, um Hitler zu verhindern. Aus dem rechten NSU-Terror müsse der Staat heute "ernste und konkrete Konsequenzen" ziehen und zum Beispiel engagierte gesellschaftliche Gruppen fördern. Vogel verlangte entschieden ein NPD-Verbot. Auch diese Kundgebung formierte sich zu einem Zug durch die Innenstadt, der an der Synagoge endete.

<http://www.taz.de/Bunte-Demonstration-in-Dresden/!88001/>
